

34. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 19. September 2018

Top 8: Anonyme Spurensicherung standardisieren und auch für männliche Gewaltopfer anbieten

Antrag

Der Fraktion der CDU und

Der Fraktion der FDP

Drucksache 17/3575

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Wendland. – Für die FDP- Fraktion spricht Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich hier in diesem Hause einen Wunsch frei hätte, wünschte ich mir, dass wir eine solche Debatte überhaupt nicht führen müssten. Aber das Thema „Gewalt“ ist und bleibt wohl leider aktuell, und somit besteht Handlungsbedarf.

Die Ausübung von Gewalt, insbesondere von sexueller Gewalt, gegenüber einem Mitmenschen ist unvereinbar mit den Werten und dem geltenden Recht in unserer Gesellschaft. Dennoch kommt es heutzutage immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen und auch zu sexualisierten Gewalttaten. Für meine FDP-Landtagsfraktion gilt, dass wir heute und in Zukunft jede Form von Gewalt aufs Schärfste verurteilen und nicht tolerieren.

Gerade sexualisierte Gewalttaten stellen einen massiven Angriff nicht nur auf die körperliche, sondern auch auf die seelische Gesundheit der Opfer dar. Häufig sind die Opfer nach einer erlebten sexuellen Gewalttat schwer traumatisiert. Hinzu kommt – wir haben es eben gehört –, dass der Täter oder die Täterin häufig aus dem Bekanntenkreis, also aus dem sozialen Umfeld stammt. Außerdem sind Angst und Scham zwei große Hürden, die es zu bewältigen gilt.

Die anonyme Spurensicherung ist eine hervorragende Maßnahme, um vorhandene Tatspuren für eine mögliche spätere Anzeige zu sichern. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir in unserem Koalitionsvertrag festgehalten haben, die anonyme Spurensicherung auszubauen. In der Tat gibt es noch einige offene Baustellen auf dem Weg zu einem voll funktionsfähigen, flächendeckenden Angebot der anonymen Spurensicherung.

In ihren Empfehlungen hat die temporär eingerichtete Landeskoordinationsstelle ASS NRW unter anderem festgestellt, dass die Zusammenstellung, Belieferung und Finanzierung der Spurensicherungstests bisher noch nicht ausreichend ist. Dies wollen wir nun ändern und standardisieren bzw. für alle anonymen Spurensicherungsprojekte vereinheitlichen.

Dieses Vorhaben kann aber nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn auch die Finanzierung sichergestellt werden kann. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Befunderhebung durch ärztliche Untersuchungen qualitativ gesichert wird. All das sorgt dann für Beweise, die vor Gericht Bestand haben, und hilft damit auch den Opfern, die für sich selbst benötigte Zeit zu gewinnen, um zu entscheiden, ob sie Anzeige erstatten wollen oder nicht.

Bisher bezieht sich das Angebot der anonymen Spurensicherung nur auf Frauen und Mädchen. Aber auch Männer und Jungen werden Opfer von sexueller Gewalt – mit einer sicherlich nicht unerheblichen Dunkelziffer. Auch hier spielen Scham und Verunsicherung eine große Rolle.

Der NRW-Koalition aus Christdemokraten und FDP ist es wichtig, jedes Opfer im Blick zu behalten und jedem – unabhängig vom Geschlecht –, der in einer solch furchtbaren Situation Hilfe benötigt, die Unterstützung zukommen zu lassen, die er braucht. Der künftige, meiner Meinung nach seit Jahren überfällige Landesaktionsplan „Gewalt gegen Jungen, Männer und LSBTTI“ wird sicherlich wichtige und hilfreiche Erkenntnisse liefern.

Im Übrigen bin ich Ministerin Scharrenbach für ihre Antragsinitiative auf der letzten Gleichstellungsministerkonferenz im Juni sehr dankbar. Dort ist ein Antrag beschlossen worden, in welchem die Bundesregierung aufgefordert wird, eine bundesweit einheitliche Lösung für die Finanzierung von ärztlichen und labortechnischen Leistungen im Rahmen der anonymen bzw. vertraulichen Spurensicherung zu schaffen.

Bisher ist dies nicht der Fall. Die Kosten für die ärztliche Befunddokumentation und die erforderlichen Laboruntersuchungen lassen sich nach derzeitiger Rechtslage nur dann bei den Krankenkassen abrechnen, wenn zugleich eine Gewalttat angegeben wird. Das ist natürlich eine erhebliche Schwachstelle der anonymen Spurensicherung und macht auf diese Weise das ganze Angebot labil.

Ich bin zuversichtlich, dass der GFMK-Beschluss der Bundesregierung nun die Kraft und die Motivation verleiht, ihre eigenen im Koalitionsvertrag festgehaltenen Hausaufgaben zu erledigen.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir die Handlungsempfehlungen der Landeskoordinierungsstelle anonyme Spurensicherung NRW umsetzen. Zusammen mit dem Beschluss der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz beseitigen wir die Ecken und Kanten im Angebotssystem der anonymen Spurensicherung.

Abschließend bin ich wieder beim Wünschen: In der Vergangenheit waren sich die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses beim Thema „Gewalt“ immer einig. Ich freue mich auf die Beratung dort – vor allem, wenn dies weiterhin so bleibt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Nun spricht Frau Kopp - Herr für die SPD-Fraktion. Bitte schön.